

# Antrag

**Initiator\*innen:** Geschäftsführender Ausschuss (dort beschlossen am: 17.03.2026)

**Titel:** Kapitel 6: Demokratie leben – Wie Verwaltung Beteiligung und Transparenz ermöglicht

## Antragstext

1269 (Beteiligung, Transparenz, Finanzen, moderne Verwaltung)

### 1270 1. Warum dieses Thema für unseren Bezirk zentral ist

1271 Xhain ist politisch! Wir haben eine aktive, streitbare und engagierte  
1272 Zivilgesellschaft, die sich in Initiativen, Parteien, Nachbarschaften, Vereinen  
1273 und Bewegungen engagiert. Dieses Potential hat unseren Bezirk schon immer  
1274 geformt und besonders gemacht. Wir Grüne sind die Partner der Zivilgesellschaft.  
1275 Doch sie trifft zu oft auf eine Verwaltung, die überlastet, kompliziert und für  
1276 viele Menschen schwer zugänglich ist. Wenn Beteiligung ins Leere läuft und  
1277 Entscheidungen intransparent bleiben, entsteht Frust – und Vertrauen geht  
1278 verloren.

1279 Demokratie entscheidet sich nicht nur an Wahlsonntagen, sondern im Alltag: bei  
1280 Bauvorhaben im Kiez, bei Haushaltsentscheidungen, bei Krisenlagen oder bei der  
1281 Frage, ob Menschen sich mit ihren Anliegen ernst genommen fühlen. Gerade in  
1282 einem so vielfältigen Bezirk wie Friedrichshain-Kreuzberg braucht es eine  
1283 Verwaltung, die demokratische Teilhabe aktiv ermöglicht, transparent handelt und  
1284 handlungsfähig ist. Eine starke Demokratie braucht eine starke, zugängliche und  
1285 eigenständige bezirkliche Verwaltung. Wir sehen engagierte Bürger\*innen nicht  
1286 als Störenfriede, sondern als Chance, den Bezirk noch besser zu machen.

### 1287 2. Unsere Haltung: Verwaltung, die ermöglicht

1288 Demokratie lebt von Vertrauen, Transparenz und echter Beteiligung. Die  
1289 Verwaltung wird durch demokratische Beteiligung besser. Die Verwaltung muss für  
1290 die Menschen da sein – verständlich, erreichbar und verlässlich. Wir wollen eine  
1291 Verwaltung, die nicht verwaltet, sondern ermöglicht: Beteiligung statt  
1292 Belehrung, Transparenz statt Hinterzimmer, Kooperation statt Abschottung.

1293 Wir stehen für eine starke bezirkliche Selbstverwaltung. Entscheidungen sollen  
1294 dort getroffen werden, wo die Lebensrealität der Menschen ist: im Bezirk, im  
1295 Kiez, vor Ort. Weitere Zentralisierung lehnen wir ab. Demokratie wird schwächer,  
1296 wenn Verantwortung nach oben verschoben wird. Unser Ziel ist eine moderne,  
1297 resiliente und gemeinwohlorientierte Verwaltung, die demokratische Prozesse  
1298 stärkt, öffentliche Aufgaben in öffentlicher Hand hält und auch in Krisen  
1299 handlungsfähig bleibt.

### 1300 **3. Zentrale Herausforderungen im Bezirk**

1301 Viele Menschen erleben Verwaltung als schwer erreichbar, langsam oder  
1302 unverständlich. Informationen sind oft nicht barrierefrei, nicht mehrsprachig  
1303 oder nur mit Vorwissen auffindbar. Beteiligungsverfahren wirken manchmal wie  
1304 Alibi-Formate: Man darf mitreden, aber nicht mitentscheiden. Gutachten,  
1305 Expertisen oder Entscheidungsgrundlagen sind nicht immer öffentlich zugänglich,  
1306 obwohl sie die Basis politischer Beschlüsse bilden.

1307 Gleichzeitig wird die Gestaltungsmacht der Bezirke zunehmend eingeschränkt.  
1308 Eingriffe des Senats in Bezirksbudgets, unklare Zuständigkeiten und  
1309 Zentralisierung schwächen die lokale Demokratie. Gute Beteiligungsformate kosten  
1310 Geld, das im Bezirkshaushalt an vielen Stellen fehlt. Öffentliche Aufgaben  
1311 wurden ausgelagert, Wissen und Kontrolle gingen verloren. In Krisen – ob  
1312 Pandemie, Hitze, Stromausfall oder andere Katastrophen – zeigt sich zudem, dass  
1313 Zuständigkeiten und Ausstattung zwischen Senat und Bezirken nicht ausreichend  
1314 geklärt sind. Das alles untergräbt Vertrauen und schwächt demokratische  
1315 Handlungsfähigkeit.

### 1316 **4. Was wir konkret verändern wollen**

#### 1317 **Bezirkliche Demokratie stärken**

1318 **Kompetenzen klären:** Wir setzen uns für eine klare Kompetenzverteilung zwischen  
1319 Land und Bezirken ein. Friedrichshain-Kreuzberg braucht mehr Autonomie bei  
1320 kommunalen Aufgaben und verlässliche Entscheidungsräume. Weitere Zentralisierung  
1321 lehnen wir ab. Entscheidungen sollen dort getroffen werden, wo sie auch Wirkung  
1322 entfalten. Daher wollen wir ein Mehr an bezirklicher Mitsprache und

1323 Entscheidungsmacht. Im Bezirk können die Bürger\*innen sich viel einfacher  
1324 einbringen als auf Landesebene. Wir stärken die BVV als Ort der demokratischen  
1325 Beteiligung vor Ort. Wir wollen ein politisches Bezirksamt, das von der Mehrheit  
1326 der BVV gewählt wird, mit einer klaren Trennung zwischen Regierung und  
1327 Opposition, damit demokratische Verantwortung sichtbar und nachvollziehbar wird.

1328 **Strukturen stärken:** Beteiligung darf dabei weder vom Geldbeutel noch von den  
1329 Sprachkenntnissen abhängen. Daher setzen wir uns für mehrsprachige,  
1330 niedrigschwellige Beteiligungsangebote und eine proaktive Informationspolitik  
1331 ein. Wir wollen, dass das Bezirksamt über jedes größere Bauvorhaben die  
1332 Nachbarschaft proaktiv informiert und an den Planungsprozessen weit über das  
1333 gesetzliche Mindestmaß hinaus beteiligt.

#### 1334 **Verwaltung modern, zugänglich und transparent gestalten**

1335 **Aufgaben rekommunalisieren:** Öffentliche Aufgaben gehören in öffentliche  
1336 Verantwortung. Wir wollen ausgelagerte Leistungen wie Reinigung,  
1337 Grünflächenpflege oder Gebäudemanagement schrittweise rekommunalisieren. Das  
1338 stärkt Qualität, Kontrolle, Transparenz und gute Arbeitsbedingungen – und macht  
1339 den Bezirk unabhängiger von externen Dienstleistern. Am Ende wird dies auch für  
1340 den Bezirk günstiger sein, da niemand an der öffentlichen Leistung mehr Gewinn  
1341 erwirtschaften will.

1342 **Verwaltung digitalisieren:** Wir treiben die Digitalisierung der Bezirksverwaltung  
1343 konsequent voran – nutzerfreundlich, souverän, datensparsam und barrierefrei. Da  
1344 es keine Frage des Geldes oder der Sprachkenntnisse sein darf, ob jemand eine  
1345 bezirkliche Leistung erhält, werden wir uns für eine bürgernahe und zugängliche  
1346 Verwaltung einsetzen. Informationen und Dienstleistungen sollen mehrsprachig,  
1347 einfach verständlich und online wie offline erreichbar sein. Unser Ziel ist die  
1348 einmalige Datenabfrage nach dem Prinzip once-only: Bürgerinnen sollen ihre Daten  
1349 nur einmal angeben müssen, nicht bei jeder Stelle erneut. Dabei sichern wir  
1350 durch hohe Datenschutzstandards, dass die Bürgerinnen über ihre Daten bestimmen  
1351 können. Auch die große Weltpolitik hat Auswirkungen auf unseren Bezirk – daher  
1352 wollen wir auch in der Verwaltung unabhängiger von großen Tech-Konzernen werden.

1353 **Transparenz zum Standard machen:** Politische Entscheidungen müssen  
1354 nachvollziehbar sein. Wir setzen uns dafür ein, dass alle Gutachten,  
1355 Einschätzungen von Expertinnen und relevanten Entscheidungsgrundlagen der  
1356 Bezirkspolitik grundsätzlich öffentlich zugänglich gemacht werden. Transparenz  
1357 ist kein Zusatz, sondern Voraussetzung demokratischer Legitimation. Denn die  
1358 Verwaltung arbeitet auf Kosten der Bürgerinnen für die Bürger\*innen.

1359 **Finanzierung fair regeln:** Wir fordern ein neues Bezirksfinanzierungsgesetz, das  
1360 die Eingriffe des Senats in die Bezirksbudgets klar begrenzt. Das mit der  
1361 Verwaltungsreform eingeführte Konnexitätsprinzip muss tatsächlich umgesetzt  
1362 werden, sodass für neue Aufgaben auch die Ressourcen bereitgestellt werden. Der  
1363 Bezirk braucht Planungssicherheit, um handlungsfähig zu sein. Wir lehnen daher  
1364 Sonderprogramme und Sondertöpfe ab und wollen eine auskömmliche Finanzierung der  
1365 Bezirke. Der Globalhaushalt des Bezirks muss wieder ausreichen, um eigene  
1366 politische Schwerpunkte setzen zu können. Gleichzeitig setzen wir auf  
1367 nachhaltige und faire Beschaffung in der Verwaltung – mit einem klaren Fokus auf  
1368 Bio-, Fair-Trade- und regionale Produkte. Der Bezirk soll ein noch attraktiver  
1369 Arbeitgeber werden. Um den Wettbewerb um die besten Köpfe für die Verwaltung  
1370 fair zu gestalten, wollen wir einheitliche Stellenbewertungen für Bezirks- wie  
1371 Landesebene.

## 1372 **5. Wirkung für den Bezirk**

1373 Unsere Politik macht Demokratie im Alltag erfahrbar – im Amt, im Kiez und in der  
1374 Nachbarschaft.

- 1375 • Mehr Vertrauen bedeutet: Entscheidungen werden nachvollziehbarer,  
1376 Gutachten zugänglicher, und Transparenz wird zum Standard.
  
- 1377 • Mehr Beteiligung bedeutet: Menschen können einfacher mitmachen –  
1378 unabhängig von Sprache oder Ressourcen – und werden proaktiv informiert.
  
- 1379 • Mehr Handlungsfähigkeit bedeutet: Verwaltung wird moderner, digitaler und  
1380 barriereärmer, damit Leistungen schneller bei den Menschen ankommen.
  
- 1381 • Mehr öffentliche Verantwortung bedeutet: Wichtige Aufgaben werden  
1382 schrittweise zurück in öffentliche Hand geholt, um Qualität und Kontrolle  
1383 zu sichern.
  
- 1384 • Mehr Planungssicherheit bedeutet: Faire Bezirksfinanzen stärken den Bezirk  
1385 langfristig und machen politische Prioritäten umsetzbar.

## 1386 **6. Unser Auftrag: Demokratie stärken**

1387 **Kompetenzen klären.** Wir setzen uns für eine klare Kompetenzverteilung zwischen  
1388 Land und Bezirken ein und stärken die BVV als Ort demokratischer Entscheidungen.

1389 **Beteiligung ermöglichen.** Beteiligung darf nicht vom Geldbeutel oder von  
1390 Sprachkenntnissen abhängen. Wir bauen mehrsprachige, niedrighschwellige  
1391 Beteiligungsangebote aus und informieren proaktiv über größere Vorhaben.

1392 **Aufgaben rekommunalisieren.** Öffentliche Aufgaben gehören in öffentliche  
1393 Verantwortung. Wir holen ausgelagerte Leistungen schrittweise zurück, um  
1394 Qualität, Kontrolle und gute Arbeitsbedingungen zu sichern.

1395 **Verwaltung digitalisieren.** Wir treiben nutzerfreundliche, barrierefreie und  
1396 datensparsame Digitalisierung voran und setzen auf einmalige Datenabfrage nach  
1397 dem once-only-Prinzip.

1398 **Transparenz zum Standard machen.** Gutachten, Expertisen und  
1399 Entscheidungsgrundlagen sollen grundsätzlich öffentlich zugänglich sein.

1400 **Finanzierung fair regeln.** Wir fordern ein neues Bezirksfinanzierungsgesetz, das  
1401 Eingriffe des Senats begrenzt und echte Planungssicherheit schafft.

1402  
1403 **Volksentscheide ernst nehmen.** Wenn die Bürger\*innen entscheiden, ist es die  
1404 Aufgabe der Politik, umzusetzen. Wir bekennen uns klar zur Einhaltung von  
1405 direktdemokratisch getroffenen Entscheidungen, sei es zum Erhalt des Tempelhofer  
1406 Felds oder zur Vergesellschaftung großer Wohnungskonzerne. Das gilt genauso für  
1407 die Volksentscheide zu Berlin autofrei und Berlin werbefrei, wenn die  
1408 Berliner\*innen sie wollen!